



Woman Life Freedom
Performance der Theatergruppe
Kunstkollektiv Kippunkt
(@kunstkollektiv.kippunkt) am
Internationalen Tag der Menschen-
rechte, 10.12.22, auf dem Odeonsplatz
in München

Es reicht! Frauen kämpfen gegen Gewalt an Frauen

Sexualisierte Gewalt gegen Frauen ist ein globales Phänomen und nicht nur auf bestimmte Länder beschränkt. Die islamisch-arabische Welt bildet hier keine Ausnahme. Der Mord an der 22-jährigen iranischen Kurdin Jina Mahsa Amini löste heftige Proteste gegen Gewalt und Unterdrückung aus. Beispiele aus Iran, Marokko und Tunesien zeigen, wie sich Frauen gegen diese geschlechtsspezifische Gewalt zur Wehr setzen und warum das für sie oft lebensgefährlich ist. Von Christine Wolfrum

Überall auf der Welt schadet Gewalt, zumeist geschlechtsspezifische, Mädchen und Frauen. Ein Blick auf die kürzlich veröffentlichten neuesten Daten von Innenministerin Nancy Faeser und Familienministerin Lisa Paus zu Partnerschaftsgewalt in Deutschland reicht, um klarzumachen, dass es auch in Deutschland noch manches zu tun gibt: 2021 registrierten die Behörden 143 604 Fälle dieser Art von Übergriffen. Vier von fünf der Delikte – von Körperverletzung über Stalking bis hin zu Vergewaltigung und Mord – verübten Männer an Frauen. Die Dunkelziffer liegt deutlich höher.

In der arabischen Welt kommt noch eine Besonderheit hinzu, die mit der orthodoxen Auffassung der islamischen Religion zusammenhängt, was die Staaten gesetzlich unterschiedlich regeln. „Im vorherrschenden Islam begründeten Recht ist die Frau nicht dem Mann gleichgestellt, sondern sich selbst gleichgestellt“, erklärt die Juristin Raja Sakrani in ihrem Vortrag:

„Frauen gegen Gewalt an Frauen: die Kämpfe der Frauen in Nordafrika“. Findet eine spezifische Interpretation islamischer Glaubenssätze ihren Weg in eine Rechtsordnung, wie beispielsweise in den islamischen Republiken Iran und Afghanistan, weist diese der Frau einen deutlich nachrangigen Status innerhalb der Gesellschaft und des Staates zu, sowohl im Zivil- als auch im Strafrecht. „Ein Status, der die Frauen faktisch von weiten Teilen gesellschaftspolitischer Teilhabe ausschließt und zu systematischer, tagtäglicher Diskriminierung führt“, wie die Irananalytikerin Azadeh Zamirrad in ihrem Vortrag „Frauen gegen Gewalt an Frauen“ in der *Katholischen Akademie* vor Kurzem in Berlin feststellte. In diesem Zusammenhang sei nur daran erinnert, dass bereits 13-jährige Mädchen in Iran verheiratet werden, de facto eine rechtlich legitimierte Vergewaltigung. Zudem bestimmt der Ehemann, ob seine Frau einen Pass erhält, reisen oder arbeiten gehen darf. Es ist nicht allein das weibliche Geschlecht und die männliche Dominanz, die die Gewalt gegen

< Foto: Simon Fiedler

Frauen in den gesamten arabischen Regionen erklären kann, meint Wissenschaftlerin Raja Sakrani. „Vor allem durch die Tatsache, dass die muslimische Frau als Projektionsfläche für bestimmte religiöse und kulturelle Konzepte wie Reinheit, Ehre und Status fungiert, ist sie die symbolische Verteidigungsgrenze einer sakral gedeuteten Gemeinschaft.“ Der Körper der Frau ist dadurch zum Feld geworden, auf dem ideologische Schlachten, politische Fehden und Machtkämpfe ausgetragen werden.

Ein Kopftuch als Akt des Widerstands

„Frau, Leben, Freiheit“ skandieren die Frauen und Männer laut, wenn sie sich in den Straßen von Teheran und anderen Städten im ganzen Land treffen, um gegen die Machthaber zu protestieren. „Keine zufällige Parole“, wie die Forscherin Azadeh Zamirad sagt. Ohne Frauen, ohne Demokratiebewegung, ohne wirkliche Gleichberechtigung gibt es keine Freiheit, kein menschenwürdiges Leben, nirgendwo, auch nicht in Iran. Zamirad weiter: „Innerhalb dieser Art der Rechtsordnung gibt es keine Möglichkeit, die Situation der Frau fundamental zu verbessern. Was es braucht,

Das Kopftuch ist mehr als nur ein Kleidungsstück. Das fängt bereits damit an, ob Frauen es tragen müssen oder nicht. Und auch tragen wollen oder nicht. In Saudi-Arabien, Afghanistan und dem Iran ist es beispielsweise Pflicht, also eine juristisch zwingende Vorschrift. „In Marokko, Tunesien und anderen arabischen Ländern besteht kein allgemeiner normativer Verschleierungszwang. Trotzdem sind es heute etwa in Tunesien soziale Normen, die das Kopftuch in vielen Milieus vorschreiben“, sagt Forscherin Raja Sakrani. Da geht es nicht um religiöse Gründe, sondern um einen politischen Kampf und soziale Normen, die in Tunesien etwa mit dem früheren Autokraten Zine al-Abidine Ben Ali und seinem Verbot des Hijab zusammenhängen.

In Iran legt der Staat die Kleidung der Frau im öffentlichen Raum fest, ein staatlicher Zugriff auf ihr Selbstbestimmungsrecht. Diese Kleiderordnung stellen die Frauen subversiv und auch mutig seit Jahren in Frage, wie Zamirad erläutert, indem sie selbst bestimmen, welches Kopftuch, ob farbig oder durchsichtig, mehr oder weniger ihre Haare und ihre Haut bedecken. Täglich hält die Sittenpolizei tausende

Iranerinnen an und macht ihnen deswegen Vorwürfe. „Das zeigt den ganz alltäglichen Akt des Widerstands iranischer Frauen, der mehr als seit vier Jahrzehnten besteht“, erläutert die Wissenschaftlerin. Welche lebensge-

fährlichen Konsequenzen das für iranische Frauen haben kann, zeigt der Tod von Jina Mahsa Amini. Inzwischen starben hunderte Menschen bei den Straßenprotesten und rund 17.000 Menschen wurden verhaftet. Ihnen droht die Todesstrafe. Was sich zunächst gegen die Macht der Sittenwächter richtete, weitete sich rasch aus und wandte sich schnell gegen das gesamte System.

Was in diesem Zusammenhang bemerkenswert ist: Dieses Mal ging die Gegenwehr zu Beginn vor allem von Frauen und Jugendlichen aus, die damit ihre Unzufriedenheit mit dem Regime artikulierten. Dass Frauen heute in Iran auf die Straße gehen, liegt sicher auch daran, dass sie häufig gebildet sind. Obwohl degradiert und unter paternalistischer Führung, ließ ihnen das Regime das Recht auf Bildung. So liegt der weibliche Anteil der Studierenden an den Universitäten des Landes bei 65 Prozent. Dass Frauen, insbesondere gebildete Frauen, nun eine Teilhabe auch im ökonomischen Bereich fordern, bleibt da nicht aus.

Foto: Simon Fiedler >

17.000 Menschen verhaftet, ihnen droht die Todesstrafe

ist das Ende der bestehenden Ordnung, also auch ein Ende der islamischen Republik.“

Wie konnte es zu dieser revolutionären Bewegung kommen, die weite Teile der Gesellschaft mittlerweile mittragen? Sie entzündete sich am 13. September als die sogenannte Sittenpolizei die 22-jährige iranische Kurdin Jina Mahsa Amini gewaltsam abführte, weil sie angeblich ihr Kopftuch nicht vorschriftsmäßig trug. Drei Tage später starb die junge Frau im Krankenhaus, nachdem sie in Polizeigewahrsam ins Koma gefallen war. Ihr ungeklärter Tod löste eine beispiellose Welle an Protesten im ganzen Land aus. „Vor allen Dingen auch zu Beginn in Kurdistan. Da sehen wir bis heute einige der intensivsten Auseinandersetzungen zwischen dem Staat und der Bevölkerung“, sagt Zamirad. Auch im Moment versucht das Regime den gesamtgesellschaftlichen Protest als separatistisches Problem der Kurd*innen darzustellen. Eine offensichtliche Lüge.

„Hier in München standen wir ein weiteres Mal beim Frauenmarsch auf dem Odeonsplatz zusammen und erhoben unsere Stimme für alle Menschen im Iran, die unter Tyrannei leiden. Und wir traten erneut in Solidarität mit den Frauen und der feministischen Revolution im Iran auf.“
(Veranstalter*innen der Performance – wlf_theater_muc – am 10.12.2022 am Odeonsplatz in München)



Was die Welt nun sieht, ist Hoffnung und Euphorie, nicht vom Westen aus gesteuerter Protest, wie es das Regime darstellt, das um seinen Machterhalt kämpft.

Tatsächlich soll inzwischen die Sittenpolizei in Iran laut Generalstaatsanwaltschaft aufgelöst worden sein. Ein Zugeständnis oder ein Ablenkungsmanöver? Fragt man Iranerinnen, so betonen alle: „Kein Weg führt mehr zurück zum vorherigen Zustand.“

Die Abschaffung des Artikels 475, ein Gesetz aus dem französischen Recht

Frauen in arabischen Regionen, die aktiv gegen die gegen sie gerichtete Gewalt kämpfen, sind mit der Mentalität der jeweiligen Gesellschaft und den komplexen Strukturen der religiös verankerten Rechtskulturen konfrontiert. Eine kolossale Herausforderung. Ein Beispiel dafür ist der Fall von Amila Filali aus Marokko. Die 16-jährige Schülerin wurde auf dem Nachhauseweg überfallen und vergewaltigt. Ihre Familie zwang sie ihren Vergewaltiger zu heiraten. Das lässt sich auf den Artikel 475 des Strafgesetzbuches zurückführen, der vorsieht, dass dem Vergewaltiger, der sein Opfer heiratet, Straffreiheit gewährt wird. Heiratet er es nicht, droht dem Vergewaltiger sogar die Todesstrafe. Das suchte die Familie des Täters mit entsprechenden Angeboten unbedingt zu verhindern. Nachdem Amila Filali ihren Peiniger geheiratet hatte, versuchte sie erfolglos Anzeige wegen häuslicher Gewalt gegen ihn zu erstatten. Die Anzeige wurde nicht angenommen. Daraufhin nahm sich die junge Frau das Leben. Enorme Frauenproteste folgten, nicht nur in Marokko. Allerdings gab es auch andere

tun, vielmehr geht es auf das französische Recht aus der Kolonialzeit zurück“, erklärt Raja Sakrani.

Tunesien – ein Vorbild?

Tunesien gilt als Land der Paradoxien. Einerseits legalisierte es 1973 noch vor Frankreich den Abbruch einer Schwangerschaft, andererseits leiden Mädchen unter der gesellschaftlichen Erwartung, jungfräulich in die Ehe zu gehen, da sie sonst entehrt sind. Eine Studie von 2018 wies in diesem Zusammenhang auf eine erstaunliche Zahl hin: 75 Prozent der weiblichen und männlichen Jugendlichen im Alter von 15 bis 25 Jahren gaben an, sexuelle Beziehungen gehabt zu haben. Eine Zahl, die vom Ministerium bestätigt wurde, aber an ein Tabu rührt. „Ich möchte daran erinnern, dass Sex außerhalb der Ehe immer noch unter Strafe steht und Frauen doppelt bestraft werden, rechtlich und sozial“, sagt dazu Sakrani. Für jede junge Frau ist es auch in vielen traditionellen Gesellschaftsmilieus ein Muss, jungfräulich in die Ehe zu gehen. Was bedeutet das praktisch? Mithilfe einer Operation kann der Zustand der Jungfräulichkeit wiederhergestellt werden. Darüber, wie oft dieser Eingriff erfolgt, gibt es keine Statistik. Autoritätspersonen wie Eltern, Politiker*innen, Lehrer*innen sprechen alle dieselbe Sprache: „Tut, was ihr wollt, aber tut es heimlich!“

Im Gegensatz zu Iran gibt es in Tunesien etablierte Frauenorganisationen, etwa die *Association Tunisienne des Femmes Démocrates*, kurz ATFD, die sich seit rund 30 Jahren für die Rechte der Frauen einsetzt und immer wieder die gesamte Zivilgesellschaft aktiviert, etwa bei der Verabschiedung des neuen Grundgesetzes von 2014, in dem die Mehrheit der islamitischen Partei den Grundsatz der Gleichstellung von Mann und Frau, durch den der „complémentarité“, also „gegenseitigen Ergänzung“ ersetzen wollte. Auf

Druck der Öffentlichkeit zog die Verfassungsgebende Versammlung diesen Entwurf zurück.

Aktuell findet wegen der Polizeigewalt gegen Frauen eine heftige Debatte im Land statt, von Frauen angeführt. Die ATFD forderte im Frühjahr 2022 die Regierung auf, notwendige Maßnahmen zu ergreifen, um gegen die Straffreiheit vorzugehen, die Polizeibeamte selbst dann genießen, wenn eine Anzeige gegen sie erstattet wird. „Oftmals verhindern ihre solidarischen Kollegen die Strafverfolgung nach Übergriffen,

„Tut, was ihr wollt, aber tut es heimlich!“

Meinungen, etwa die von Bassima Hakkaoui, der damaligen Ministerin für Solidarität, Frauen und Familie und Sozialentwicklung in Marokko, die mahnte: „Nicht, dass der Artikel 475 des Strafgesetzbuches Gefahr läuft unter Druck der internationalen Öffentlichkeit von einem Tag auf den anderen aufgehoben zu werden. Manchmal schadet die Heirat einer Vergewaltigten mit dem Vergewaltiger eher nicht wirklich.“ Zwei Jahre später wurde dieser Artikel abgeschafft, der Straftäter privilegierte. „Dieses Gesetz von 1874 hat übrigens nichts mit islamischem Recht zu

die von Schlägen bis zu Vergewaltigungen reichen“, sagt Wissenschaftlerin Sakrani.

Was ist passiert? Zwei Polizisten vergewaltigten eine junge Frau, die sie mit ihrem Freund in seinem Auto in der Region Karthago, einem Vorort von Tunis, vorgefunden hatten. „Dieser Fall nahm unerwartete Ausmaße an, als das Paar Anzeige erstattete. Das Opfer wurde zur Angeklagten, da man ihr vorwarf, sich unsittlich verhalten zu haben,“ so Raja Sakrani. Nur dank des nationalen und internationalen Drucks ließ man sie frei und verurteilte am Ende die Polizisten. Übrigens, unter der Diktatur Zine al-Abidine Ben Ali bis 2011 waren Vergewaltigungen durch die Polizei in vergleichbaren Situationen eine verbreitete Praxis. Etliche Frauen wurden zu Opfern dieser Gewalt, nur weil sie sich mit ihrem Freund oder Partner im Park, am Meer oder in einem Auto trafen.

Tatsächlich fordert der Kampf der Frauen gegen Gewalt und für mehr Selbstbestimmung in arabischen Ländern nicht allein einzelne Gesetze, auch wenn sie unerlässlich sind. Es geht auch darum, Gesetze, die die männliche Dominanz beseitigen, anschließend durch veränderte Strukturen im Alltag fest zu verankern, um das Leben der Frauen sicherer zu machen. Juristin Raja Sakrani sagt es so: „Es nutzt nichts, allein ein Gesetz zu haben, in der Praxis führt dies nicht automatisch zu einer spürbaren Verbesserung der Lage der Frauen. Dieses Gesetz muss auch vollzogen und in der Gesellschaft gelebt werden.“=



Christine Wolfrum,
Wissenschaftsjournalistin und Buchautorin
lebt in München.